

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers
Ausschussmitglied Michael Kunze
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld
Vertreter Florian Wiese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied Gruppe FDP/FW

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Grundmandat Mirco Danner

Vertreterin der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Beata Bartnick-Hoeft

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhardt

Arbeitnehmersvertreter

Stimmberechtigter Sachverständiger Dieter Meisel

Vertreterin der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Gabriele Runge

fraktionslos

Ausschussmitglied Sebastian Seidel

Gastgebende Schule

Frau Schnitger, Schulleiterin

Gäste aus den Schulen

Frau Eickhoff und Frau Töpler (beide Marion-Dönhoff-Schule), Herr Dr. Engeler (IGS), Herr Fischer (NGW), Herr Pommer (OBS Stadtmitte)

Nds. Landesschulbehörde

Frau Thiesen

Verwaltung

Frau Burmeister (GGs), Frau Schröder (FB Bildung und Sport), 1. Stadtrat Herr Schönfelder, Herr Hofmann (FB Bildung und Sport)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Genehmigung der Tagesordnung | |
| 3 | Antrag Gruppe GUS: Herrichtung Freiherr-vom-Stein-Schule als 3. Oberschule | 525/2019 |
| 4 | Vorlagen an den Rat | |
| 4.1 | Gestaltung der Außengelände der städtischen Schulen | 270/2019 |
| 5 | Mitteilungen und Anfragen | |
| 5.1 | Informationen durch die BBS Wilhelmshaven | |
| 5.2 | Informationen zum Schwimmunterricht der Grundschulen (Anfrage des Stadtelterrates) | |
| 5.3 | Informationen zur Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich | |
| 5.4 | Informationen zum Wirtschaftsplan von GGS (2020, Bereich Schulen) | |
| 5.5 | Produktberichte des Fachbereiches Bildung und Sport (Schulen) | |
| 5.6 | Mitteilung zur generalistischen Pflegeausbildung | |
| 5.7 | Anfrage Schulwegsicherung Grundschule Stadtmitte, Grundschule Rheinstraße | |
| 5.8 | Sanierungskonzept Aula Oberschule Stadtmitte | |

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnet die Sitzung und stellt die ordentliche Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wurde genehmigt.

- 3 Antrag Gruppe GUS: Herrichtung Freiherr-vom-Stein-Schule als 3. Oberschule **525/2019**

Frau Weinstock verliest den Antrag der Gruppe GUS auf Eröffnung einer dritten Oberschule zum Schuljahr 2020 / 2021 (siehe Vorlage).

In diesem Zusammenhang äußert **Herr Möhle** seinen Unmut im Hinblick auf die Entscheidung der Verwaltung, dass der Antrag der CDU nicht fristgerecht eingegangen sei. Zudem habe die Verwaltung zugesagt, ebenfalls eine entsprechende Vorlage einzubringen, worauf man bis zum Schluss gewartet habe. **Herr Schönfelder** erläutert die von Seiten der Verwaltung korrekte Fristenberechnung, die letztendlich auch ein Schutz für die Politik darstelle. Gleichwohl bietet er an, dass es trotzdem möglich sei über den Antrag der CDU zu diskutieren, da er letztendlich mit dem der GUS übereinstimme. Auf Grund des vorliegenden Antrags habe die Verwaltung auf eine eigene Vorlage verzichtet. Man sei parallel dazu ebenfalls tätig geworden und habe die für die Entwicklung einer neuen Oberschule erforderlichen Gruppen einberufen. U. a. habe Frau Weinstock an einer entsprechenden Sitzung teilgenommen. Als ein Ergebnis der bisherigen Abstimmungen zwischen dem Fachbereich und Herrn Stöver sowie Herrn Pommer verteilt Herr Hofmann den festgestellten Raumbedarf für eine dritte dreizügige Oberschule. Zudem wird eine aktuelle Schülerprognose zur Verfügung gestellt (siehe Anlage). Die rote Schrift verdeutlicht, welcher Raumbedarf derzeit in der Paul-Hug-Straße nicht abgebildet werden könne. Es fehlen Räume für die Schulsozialarbeit, eine Mensa würde ebenfalls benötigt. Die erheblichen baulichen Änderungen seien in den Ferienzeiten oder neben dem Schulbetrieb nicht leistbar.

Herr Dr. von Teichman bittet um Auskunft, ob noch weitere Standorte in Frage kämen.

Frau Weinstock erläutert, dass man diesen Standort gewählt habe, da die Schule noch genutzt würde und auch noch intakt sei. Diesbezüglich sei man sich mit der CDU einig.

Hinsichtlich weiterer Möglichkeiten erläutert **Herr Schönfelder**, dass man andere Vorschläge ebenfalls aufnehmen werde. Letztendlich habe man sich zunächst auf den genannten Standort konzentriert.

Herr Burkhardt schlägt vor, die ehemalige Käthe-Kollwitz-Schule herzurichten, um den Oberschulen mit den betroffenen Jahrgängen jetzt die Entlastung zu schaffen. Bei einer neuen OBS fange man mit neuen fünften Jahrgängen an, eine Entlastung sei es seiner Meinung nach nicht. Es sei doch wichtig, zunächst die noch fehlenden Räume zu schaffen.

Herr Schönfelder verweist auf die derzeitigen Überlegungen mit den Oberschulen wonach die Bedarfe festzustellen seien. Die Forderung nach einer dritten Oberschule käme letztendlich aus der Politik, der nachzukommen sei. Weiterhin habe man mit den Schulleitungen und der Landesschulbehörde über eine optimale Lösung diskutiert. Es wurde sich für eine dritte Oberschule ausgesprochen.

Der Ausschuss spricht sich in der Mehrheit dafür aus, die beiden anwesenden Schulleiter zu Wort kommen zu lassen.

Herr Pommer von der Oberschule Stadtmitte erklärt, dass es natürlich aus einem ersten Impuls heraus schöner sei, eine schnelle Lösung in Form von Erweiterungen

zu erhalten. Es wäre jedoch den Eltern und Schüler*Innen nicht vermittelbar, wenn die Schulen bzw. Klassen geteilt würden. Er gäbe auch Herrn Burkhardt Recht nach der Forderung der jetzt notwendigen Räume. Allerdings sei es pädagogisch nicht sinnvoll, mehr als drei oder vier Züge in den Oberschulen zuzulassen. Man sei auch mit den zwischenzeitlich hergerichteten Differenzierungsräumen sehr zufrieden.

Frau Eickhoff und **Frau Martens** in Vertretung von Herrn Stöver erläutern für die Marion-Dönhoff-Schule, dass aufgrund der derzeitigen hohen Schülerzahl ein Anbau keine Entlastung schaffe, sondern dass dies nur durch den Bau einer neuen OBS gelänge. Durch die künftigen baulichen Änderungen sei man in der Lage, die durch das Schülerklientel notwendige Differenzierung zu leisten. Aus diesem Grund habe man sich der Entscheidung für eine dritte OBS ebenfalls angeschlossen.

Frau Thiesen (zuständige Dezernentin der Landesschulbehörde) berichtet aus den Gesprächen mit den o. g. Beteiligten und bestätigt, dass eine dritte Oberschule, beginnend mit dem Jahrgang fünf, auf lange Sicht die notwendige Entlastung für die Schulen brächte. Es löse nicht die derzeitige Problematik in den Jahrgängen neun und zehn. Sie empfehle nicht, die bestehenden Standorte weiterhin wachsen zu lassen.

Herr Hofmann erläutert die vorliegenden Schülerzahlen. Diese sanken zwar in den Jahren 2023 und 2024, allerdings ginge man im Anschluss von Zuwächsen aus dem Primarbereich aus. Zudem sei hier noch nicht der unterjährige Zuwachs z. B. über die Zuwanderung berücksichtigt, wovon insbesondere die Oberschule Stadtmitte derzeit betroffen sei. Weiterhin kämen auch Schüler aus den anderen Schulen in die Oberschule, wovon gerade die höheren Jahrgänge betroffen seien (z. B. aus den Gymnasien).

Herr Kunze verweist auf die jetzt bestehenden Probleme an den Oberschulen. Auf Grund des Lehrermangels bittet er Frau Thiesen um eine Einschätzung, wie vor diesem Hintergrund eine neue Schule aufgebaut werden könne. **Frau Thiesen** erläuterte, dass die notwendigen Lehrkräfte sowohl bei einer Mehrzügigkeit als auch bei einer neuen Schule einzustellen seien. Dies dürfe für eine Entscheidung nicht die maßgebliche Frage sein. Letztendlich sprächen die langfristigen Schülerzahlen für eine Erweiterung.

Herr Möhle zeigte sich enttäuscht angesichts der heutigen Diskussion. Es habe sich nichts bewegt. Anhand der Aussagen der Oberschulen könne man sehen, dass eine Entscheidung dringend zu fällen sei. Der von Frau Thiesen notwendige Vorlauf von einem halben Jahr sei möglich, würde man heute einen entsprechenden Vorschlag fassen, der dann in der nächsten Ratssitzung beschlossen werden könne.

Frau Weinstock bekräftigte, dass man heute darüber beschließen wolle. Dafür lägen die Anträge vor. Zudem solle beraten werden, die Errichtung um ein Jahr zu verschieben.

Herr Schönfelder bekräftigte, es sei nicht notwendig, die Verwaltung der Untätigkeit zu bezichtigen. Dem sei nicht so. Eine entsprechende Entscheidung müsse fun-

diert vorbereitet sein. Diesbezüglich sei man weiter als bei der letzten Sitzung und auf einem guten Weg.

Herr Burkhardt bat um Auskunft, welche Klassengrößen nach Ansicht der Schulen bzw. der Landesschulbehörde pädagogisch sinnvoll seien. **Frau Thiesen** verdeutlichte, dass Klassengrößen und ab wann Klassen geteilt werden müssten, vorgegeben wäre. Die Entscheidung der weiteren Vorgehensweise sei gut vorzubereiten. Dazu gäbe die Landesschulbehörde eine Empfehlung ab. Ein Schnellschuss mache jedoch keinen Sinn, gewisse Vorläufe seien notwendig wie z. B. die Vorbereitung in den Grundschulen, die Information der Eltern, die Ausschreibung der Lehrkräfte usw..

Frau Weinstock erklärte, dass ihr die Arbeitsweise bzw. die Informationen aus den Arbeitsgruppen einen großen Erkenntnisgewinn gegeben hätten. Sie sei ebenfalls der Ansicht, dass eine rasche Entscheidung getroffen werden müsse, allerdings müsse es wohlüberlegt sein. Die Zusammenarbeit mit den betroffenen Schulen und die daraus resultierende Empfehlung habe oberste Priorität.

Herr Burkhardt wies darauf hin, dass ein Antrag auf Errichtung einer neuen OBS zum kommenden Schuljahr bereits im Oktober bei der Landesschulbehörde einzureichen sei. Zudem seien auch die Eltern zu befragen, wie groß das Interesse an einer neuen Schule sei. Pädagogische Konzepte seien abzustimmen. Zeitdruck bringe in dieser Situation nichts.

Frau Heide teilte mit, die Zeitschiene innerhalb der Fraktion ebenfalls diskutiert zu haben. Ein abgestimmtes Konzept vorm Hintergrund der Inklusion sei wichtig. Insofern stelle sie den Antrag, die Errichtung um ein Jahr nach hinten zu verschieben.

Herr Hofmann appellierte ebenfalls, die Errichtung auf das Schuljahr 2021 zu verschieben, auch vor dem Hintergrund, dass die Eltern Kenntnis von einer neuen Schule erhalten müssen. Infoveranstaltungen für das kommende Schuljahr fänden für gewöhnlich im November statt. Zudem sei beantragt worden, am neuen Standort das Herforder Modell umzusetzen. Dies sei an der Paul-Hug-Straße nicht darstellbar.

Herr Dr. von Teichman stellt den Antrag, die Entscheidung zu vertagen und in die Arbeitsgruppe „Bessere Schule“ zu geben. Zudem gab er zu bedenken, dass für diese Maßnahme bislang noch keine Mittel im Wirtschaftsplan GGS zur Verfügung stünden. Gleichzeitig wies er darauf hin, dass die Schülerzahlen nur vorübergehend, auf Grund des Zuzuges, angestiegen seien. Zukünftig spreche man von sinkenden Einwohnerzahlen.

Herr Hofmann fasste als Arbeitsauftrag für die neue Oberschule kurz zusammen, dass diese ohne gymnasiales Angebot mit einem Ganztagsangebot zu planen sei.

Frau Weinstock geht zunächst auf den gleichlautenden Antrag der Gruppe GUS bzw. der SPD-Fraktion ein. Der Antrag lautet, dass zum Schuljahr 2021/2022 die ehem. Freiherr-vom-Stein-Schule als neue Oberschule hergerichtet würde und als

Ganztagsschule zu planen sei.

Hinsichtlich eines möglichen Ganztagsangebotes weist **Herr Schönfelder** darauf hin, dass schließlich eine Planungsgruppe eingerichtet wurde, die sich mit der Entwicklung einer neuen Oberschule beschäftigen solle. Im Hinblick auf die Geschäftsordnung möge zunächst die Entscheidung hinsichtlich einer Vertagung getroffen werden.

Herr Möhle verdeutlicht, diesen Antrag nicht zu unterstützen. **Frau Heide** lehnt die Vertagung ebenfalls ab. **Der Stadtelternrat** wolle den Antrag auf Vertagung unterstützen. Es möge zunächst ein anderer Standort geprüft werden da die notwendigen Gegebenheiten am Gebäude der früheren Freiherr-vom-Stein-Schule nicht abbildbar seien. **Frau Weinstock** erläutert, dem Antrag für die GUS ebenfalls nicht zustimmen zu wollen.

Herr Schönfelder schlägt vor, den Vertagungsantrag mit einem Auftrag an die Verwaltung zu verknüpfen, wonach der Raum- und finanzielle Bedarf für GGS zu ermitteln sei, um den angedachten Standort verwirklichen zu können. Aufbauend auf die bisherigen Erkenntnisse sowie zukünftiger Empfehlungen der Planungsgruppe könne dann z. B. auch in Ruhe über das Angebot „Ganztags ja oder nein“ abgestimmt werden.

Herr Meisel erklärt, einem Vertagungsantrag ebenfalls nicht zustimmen zu wollen. Die zukünftige Einwohnerentwicklung sei seiner Meinung nach nicht belegt. Nach den Berechnungen der Verwaltung seien die Schüler da, insofern müsse gehandelt werden.

Herr Hofmann stellt klar, dass es bislang eine Planungsgruppe mit der Landes-schulbehörde gäbe und diverse andere, die sich beim Schulträger mit dem Bau befasse.

Beschluss:

Der Schulausschuss spricht sich mit zwei Ja-Stimmen und neun Nein-Stimmen gegen den Antrag der FDP auf Vertagung aus.

Frau Weinstock verlißt nochmals den Änderungsantrag der GUS auf Einrichtung einer dritten Oberschule zum Schuljahr 2021/2022, diesmal jedoch mit der Erweiterung von Seiten der SPD um Einrichtung einer Ganztagsschule.

Beschluss:

Der Antrag auf Einrichtung einer Ganztagsschule wird mehrheitlich abgelehnt.

Frau Weinstock verlißt den Antrag auf Einrichtung einer dritten Oberschule in der ehemaligen Freiherr-von-Stein-Schule zum Schuljahr 2021/2022.

Beschluss: Der Antrag wird bei einer Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Die Gruppe GUS beantragt:

Zu Beginn des kommenden Schuljahres 2020/21 wird die ehemalige Freiherr-vom-Stein-Schule, Paul-Hug-Straße, als 3. Oberschule wieder hergerichtet.

Begründung:

Die beiden vorhandenen Oberschulen sind maximal für 3 bis 4 Klassen pro Jahrgang ausgelegt, haben aber teilweise pro Jahrgang 5 bis 6 Klassen. Das ist nicht im Sinne der Schülerinnen und muss daher dringend geändert werden.

Gleichzeitig möchten wir darauf hinweisen, dass auch diese weitere Oberschule auf die nächsten Jahre bezogen nicht ausreichen wird.

Wir werden im Arbeitskreis „Bessere Schule“ und auch im Schulausschuss dieses Thema weiter diskutieren und gegebenenfalls weitere Anträge stellen.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Gestaltung der Außengelände der städtischen Schulen

270/2019

Frau Weinstock verliert die Aufträge an die Verwaltung.

Auf Nachfrage von **Herrn Meisel** erläutert **Herr Hofmann**, das sich um die Gestaltung der allgemeinbildenden städtischen Schulen handelt.

Herr Möhle weist darauf hin, dass die Mittel bislang doch durch die Ratsentscheidungen hinsichtlich der Wirtschaftspläne GGS zugestanden worden seien. **Herr Schönfelder** verdeutlicht, dass dieser Antrag als Votum des Schulausschuss an den Fachausschuss GGS ginge, damit die Mittel auch zur Verfügung stünden. Das habe in der Vergangenheit durchaus zur Diskussion zwischen Fachbereich und GGS gestanden.

Herr Burkhardt fordert, dass ein pädagogisches Konzept erstellt werden müsse, was an den Schulen erforderlich sei. Zudem bat er um Auskunft, warum manche Schulen hier nicht aufgeführt wurden.

Herr Hofmann teilt mit, dass man z. B. an den GS Altengroden, St. Martin und Hafenschule bereits Änderungen vorgenommen habe. Gleichzeitig verweist er auf den zweiten Teil der Vorlage, wonach der FB 40 selbst wünscht, konzeptionell tätig sein zu dürfen. Hinsichtlich eines Konzeptes befände sich der FB in Abhängigkeit von TBW, wonach eine halbe Planungsstelle vorgesehen, jedoch noch nicht besetzt sei.

Zurückkommend auf den TO stellt **Frau Burmeister** klar, dass es sich beim Wirtschaftsplan um eine einjährige Freigabe der Mittel handle. Die mittelfristigen Beträge für die folgenden Jahre stelle lediglich eine Planung dar.

Herrn Fischer, Schulleiter des NGW, wird das Rederecht eingeräumt. Er bittet um Auskunft, wonach die Projekte von Seiten der Verwaltung priorisiert werden bzw. wo man sich einbringen könne, um Anträge zu stellen.

Lt. **Herrn Hofmann** werden die Mittel seit Beginn vor drei Jahren in Abstimmung mit den Schulen gleichmäßig verteilt. Er betont nochmals, wie wichtig ein abgestimmtes Konzept für die Zukunft sei, um insbesondere den Eindruck einer ungleichen Verteilung zu vermeiden.

Beschluss: Einstimmig zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, mit zunächst jeweils 200.000,-- € aus Mitteln des Wirtschaftsplanes von GGS in den Jahren 2020 bis 2022 die Gestaltung der städtischen Schulgelände fortzuführen. Diese Mittel sind in Abstimmung mit den Schulen für die Aufrechterhaltung und Gestaltung eines vielfältigen Spiel- und Bewegungsangebotes unter Berücksichtigung der Inklusion sowie der Aufenthaltsbereiche auf den Schulgeländen für die Schülerinnen und Schüler zu verwenden.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, für eine spätere Beschlussfassung eine Priorisierung vorzuschlagen, nach der die städtischen Schulgelände einer die Spiel- und Bewegungsflächen betreffenden Neugestaltung unterzogen werden und hierfür die Kosten zu ermitteln.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen durch die BBS Wilhelmshaven

Frau Schnitger begrüßt die Anwesenden in den Berufsbildenden Schulen. Anhand der Präsentation berichtet sie über die aktuelle Schülerentwicklung, die neuen Angebote und dem Stand der Baumaßnahmen. Hinsichtlich der Baumaßnahmen betont **Frau Schnitger** die gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Die Fertigstellung ist für 2022 angedacht, derzeit läge man gut im Zeitplan. Die Präsentation ist als Anlage beigelegt.

Zum Thema EDV an der BBS erläutert **Frau Schnitger**, dass sie derzeit über zweieinhalb Stellen verfügt. Die Kollegen kümmern sich um das dortige Netz mit rd. 1.000 Rechnern. Die Stellen seien jedoch vom Land mit einem KW-Vermerk versehen und könnten jederzeit entfallen. Sie bittet an die bisherigen Gespräche mit dem FB 40 anzuknüpfen, wonach schon angedacht wurde, eine entsprechende Stelle zu schaffen.

Herr Schönfelder teilt mit, dass dafür die Entscheidung der Politik notwendig sei. Er wisse jedoch, dass dafür ein offenes Ohr vorhanden wäre und auch die Bereitschaft, die Verwaltung diesbezüglich zu unterstützen.

5.2 Informationen zum Schwimmunterricht der Grundschulen (Anfrage des Stadtelterrates)

Herr Hofmann berichtet über die Anfrage des Stadtelterrates. Dazu habe man die Grundschulen um Rückmeldung gebeten. Die Zusammenfassung wird von Herrn Hofmann verteilt (siehe Anlage).

Lt. **Herrn Burkhardt** sei erkennbar, dass teilweise kein Schwimmunterricht auf Grund

fehlender Lehrkräfte angeboten werden könne oder dass die Schwimmzeiten durch An- und Abfahrtszeiten zu gering seien.

Frau Thiesen betont, dass bislang noch keine Schule an sie herangetreten sei, dass auf Grund des Lehrermangels kein Unterricht stattfinden könne. Die GS Rheinstraße habe ein Problem aufgrund eines erkrankten Kollegen gehabt, der jetzt aber wieder im Dienst sei. Gleichwohl habe jeder Sportlehrer die Schwimmfähigkeit regelmäßig nachzuweisen was auch von der Landesschulbehörde abgefragt würde. Insofern sei sie über Engpässe informiert.

Dr. von Teichman verwies auf Sitzungen des Sportausschusses, in denen das Thema schon mehrfach auf der Tagesordnung stand. Man solle nochmals versuchen, die Akteure der Stadt zusammenzubekommen um die Schwimmfähigkeit der Kinder zu steigern.

5.3 Informationen zur Schulentwicklungsplanung im Grundschulbereich

Herr Hofmann verliest die aktuelle Schülerstatistik (Stand: 01.10.19). Für das Jahr 2023/2024 werden 704 Einschulungen prognostiziert. Die darauf folgenden Jahre gehen wiederum von etwas sinkenden Zahlen aus. Derzeit prüft GGS noch einen möglichen Standort für eine neue Grundschule.

Auf Nachfrage **Dr. von Teichmans** hinsichtlich Änderung der Schulbezirke teilt **Herr Hofmann** mit, dass die Vorlage eingebracht würde, sobald eine Entscheidung bezüglich des neuen Grundschulstandortes vorläge.

Auf Nachfrage von **Herrn Burkhardt** bestätigt **Herr Hofmann**, dass die Beteiligung des Stadtelterrates bzgl. des Grundschulstandortes noch erfolgen wird. Er ergänzte, diese Beteiligung werde auch bzgl. neuer Schulbezirke und einer neuen OBS erfolgen.

5.4 Informationen zum Wirtschaftsplan von GGS (2020, Bereich Schulen)

Herr Dr. von Teichman erkundigt sich nach dem Sachstand „Errichtung eines Zauns“, um die IGS. **Herrn Dr. Engeler** (Schulleiter IGS) erläuterte: Problematisch sei der Müll nach den Wochenenden, Mofafahrer die den Schulhof unerlaubt queren bzw. befahren und die Schüler, die unerlaubt zum Waldbereich des Totenweges gelangen können. **Frau Burmeister** teilt mit, dass die Maßnahme mit der höchsten Priorität versehen wurde.

Herr Dr. von Teichman verweist auf die fehlende Sprunganlage an der IGS und die Problematik mit dem WHV, der die Tribüne nach dem Wochenende nicht einfährt. Hier möge sich die Verwaltung entsprechend kümmern. **Herr Schönfelder** regt an, dies dem Verein in Rechnung zu stellen, sollte es weiterhin nicht möglich sein die Halle nach der Nutzung entsprechend zu verlassen.

Herr Burkhardt verweist nochmals auf die Zaunproblematik, z. B. an der GS Wiesenhof, die mit ähnlichen Problemen wie die IGS zu kämpfen habe. **Frau Weinstock** stimmt den Problemen zu, allerdings sei es bislang nicht der Wunsch gewesen, die

Schulhöfe nach dem Schulbetrieb komplett zu schließen denn sie sollten auch als Spielfläche dienen. **Herr Hofmann** teilt hinsichtlich der Grundschule Wiesenhof mit, dass eine entsprechende Maßnahme bei GGS angemeldet worden sei. Derzeit würden die Kosten bei einer Schließung während der Schulzeiten geprüft. An drei Stellen könnten Tore geschlossen werden. **Frau Eickhoff** in Ihrer Eigenschaft als Elternvertreterin an der GS Wiesenhof gibt an, dass es ein besonderes Ärgernis sei, wenn die Sandkästen von Hunden beschmutzt würden und hatte insofern eine Lösung gefordert bzw. den Stadtelternrat einbezogen.

Herr Schönfelder teilt mit, dass derzeit geprüft würde, ob z. B. Langzeitarbeitslose als Hausmeisterassistenten eingesetzt werden könnten. Das wäre z. B. eine Möglichkeit sein, stärker zu kontrollieren. Eine hermetische Abriegelung der Spielflächen sei kein Ziel.

Zur Seite 12 des Wirtschaftsplanes GGS bittet **Herr Burkhardt** um Auskunft, wann die Erweiterung an der OBS Stadtmitte angedacht sei. Lt. **Frau Burmeister** wurden die Planungskosten für 2021 eingestellt.

Frau Weinstock betont, dass auf Seite 14 bzw. 15 die Planungskosten für die neue Grundschule aufzunehmen seien. **Frau Burmeister** teilte mit, dass noch nichts veranschlagt worden sei. Die Entscheidung bezüglich des Standortes sei noch offen. **Herrn Schönfelder** schlägt vor, für 2020 Planungskosten in Höhe von 50.000,00 € aufzunehmen. **Herr Ehlers** betonte, dass entsprechend des Antrages der CDU/WBV ab 2023 die Schule in Betrieb gehen müsse. **Frau Burmeister** wird 50.000,-- € an Planungskosten einstellen. Der Schulausschuss nimmt dies wohlwollend zur Kenntnis.

5.5 Produktberichte des Fachbereiches Bildung und Sport (Schulen)

Herr Hofmann erläutert, dass die zuletzt gemeldete Gefährdung des Produktes Schülerbeförderung zwischenzeitlich korrigieren müsse und der Ansatz auskömmlich sei. Der Ansatz Personalkosten des Produktes Grundschulen betrifft den Haushalt der Schulen nur indirekt. Es gibt keine weiteren Gefährdungen.

Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** bestätigt **Herr Hofmann**, dass die Abrechnungen der neu vergebenen Schülerbeförderungsleistungen vom Fachbereich geprüft werden. Dies sei auch der Grund gewesen, weshalb zunächst eine Gefährdung angenommen wurde. Es fehlten bislang die Erfahrungswerte.

5.6 Mitteilung über die generalistische Pflegeausbildung

Herr Schönfelder teilt mit, dass eine Koordinierungsstelle aus dem bestehenden Stellenpool geschaffen wurde. Diesbezüglich fehle nur noch die Beschlussfassung durch den Rat in seiner kommenden Sitzung am 20.11.19. Im Anschluss solle die Stelle sowohl in- als auch extern ausgeschrieben werden. Man wolle die Anregung von Frau Schnitger aufgreifen und im Vorfeld eine Fachveranstaltung für betroffene Unternehmen durchführen. Auf Nachfrage von **Frau Schnitger** teilt **Herr Schönfelder** mit, dass gleichzeitig eine weitere Stelle vom Klinikum eingerichtet wird.

Eine enge Abstimmung zwischen beiden Stellen sei somit unerlässlich.

5.7 Anfrage Schulwegsicherung Grundschule Stadtmitte, Grundschule Rheinstraße

Frau Marxfeld bittet um den Sachstand hinsichtlich der teilweise chaotischen Zustände an der Grundschule Stadtmitte. **Herr Hofmann** teilt mit, dass nach Rücksprache mit der kom. Schulleitung Frau Kiesewetter das hohe und damit unsichere Verkehrsaufkommen bestätigt wurde mit der Erklärung, dass es sich um die Elterntaxen halte. Eine Elternhaltestelle wurde bereits eingerichtet, die auch angenommen würde. Problematisch sei die Masse. Verkehrshelfer seien ebenfalls ab 7.30 Uhr vor Ort.

Herr Burkhardt betont, dass es sich um ehrenamtliche Helfer handele, die auch gute Arbeit leisten. Allerdings sei die Haltezone nur auf einer Seite da auf der anderen Seite die Anwohnerparkplätze vorgehalten würden. Zudem sei dort kein Radweg aufgrund einer Baumreihe. Die Kinder müssten somit den Bürgersteig nutzen. **Herr Hofmann** wolle dies gern zur Prüfung an TBW weitergeben.

Zudem solle man lt. **Herrn Burkhardt** mit Ordnungsgeldern gegen das Vorgehen der Elterntaxen vorgehen. **Frau Marxfeld** und **Frau Weinstock** teilten beide mit, dass dies laut ihren Erfahrungen für die Eltern kein Problem darstelle.

Herr Burkhardt verweist auf eine weitere schwierige Verkehrssituation bei der GS Rheinstraße. Dort würde ein Zebrastreifen beim Übergang „altes Rathaus“ fehlen. Hier solle ebenfalls nachgebessert werden damit die Schüler sicher die Straße queren könnten.

5.8 Sanierungskonzept Aula Oberschule Stadtmitte

Lt. **Frau Weinstock** läge ein Sanierungskonzept aus Jan. 2018 vor. Sie werde für eine der nächsten Sitzungen einen Antrag auf Beginn der Sanierungsmaßnahmen vorbereiten.

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:20 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Weinstock
Vorsitzende

Schröder
Protokollführung